

**AntragstellerIn:**

Vorstand

**Antragsinhalt:**

Der Studierendenrat möge beschließen,

*Sich weiterhin gegen Studiengebühren jeglicher Art auszusprechen.*

**Begründung:**

*Am 7. Oktober schlug die baden-württembergische Wissenschaftsministerin Theresia Bauer (GRÜNE) vor, Studiengebühren von durchschnittlich 1500 Euro pro Semester und Student\*in wieder einzuführen. Diese Regelung solle ausschließlich für Student\*innen gelten, die weder Pass noch Hochschulzugangsberechtigung eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union besitzen. Wir sprechen uns gegen jede Form von Bildungsgebühren aus und sind entsetzt angesichts dieses rassistischen Impulses.*

Darüber hinaus beabsichtigt die Baden-Württembergische Landesregierung Medienberichten zufolge eine Steigerung der allgemeinen Studiengebühren (verniedlichend als "Verwaltungsgebühren" bezeichnet) sowie die Einführung von Zweitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro.

Bildung soll grundlegend allen Menschen offen stehen, unabhängig davon über wie viel Geld sie verfügen können. Studien- und Bildungsgebühren stehen dem entgegen, dies gilt für das Studium ebenso wie die Lehre. Mit den bekannt gewordenen Vorhaben vollzieht die grün-geführte Landesregierung eine Kehrtwende in Richtung einer selektiven und elitistischen Bildungspolitik. Zweitstudiengebühren verhindern die Neuorientierung und das Erlangen von Bildung nach einem Abschluss.

**Hinweis:**

Es ist explizit erwünscht, in den Anträgen an die Studierendenvertretung genderneutrale Sprache zu verwenden (beispielsweise „Mitarbeiter\*innen“ statt „Mitarbeiter“).